A19 Auf geht‘s Karlsruhe! Für die Prüfung eines AfD-Verbotes.

Gremium:	Landeskonferenz
Beschlussdatum:	28.09.2024

Antragstext

„Das wird immer einer der besten Witze der Demokratie bleiben, dass sie ihren Todfeinden die Mittel selber stellte, durch die sie vernichtet wurde. [...] Aus der demokratischen Dummheit ließ sich vortrefflich Kapital schlagen.“ Joseph Goebbels, 1935

Die AfD ist eine rechtsextreme Partei, sie stellt eine Bedrohung für unsere Demokratie und die Menschenwürde dar. Ihre Galionsfiguren verschieben den Diskurs durch immer krassere Propaganda, mit Themen, wie Massendeportationen oder der Demontage demokratischer Institutionen, welche seit 1945 nicht mehr in Deutschland gefordert wurden.

Wir beobachten seit Jahren, wie eine kleine Partei Menschenmengen anstachelt und das immer regelmäßiger in Gewalt endet. Walter Lübcke, der Anschlag von Halle oder Matthias Ecke sind nur die prominentesten Namen einer rasant wachsenden Gefahr für alle, welche nicht in das geschaffene Bild der “Biodeutschen” passen bzw. sich für diese einsetzen. Wo die Wahlergebnisse der AfD wachsen, wächst die Bedrohungslage für Mitbürger:innen, welche nicht als deutsche Mehrheitsgesellschaft identifiziert werden. Selbst der Verfassungsschutz warnt seit langem davor.

Durch eine gezielte öffentliche Verhöhnung unserer Demokratie, den Versuch Verwaltungen lahmzulegen und Zweifel gegenüber der Justiz sowie der Ausnutzung eines zu zögerlichen Antifaschismus, lehnt eine wachsende Zahl an Menschen die pluralistischen Grundpfeiler unserer Gesellschaft radikal ab.

Geschichte wiederholt sich nicht, aber wir müssen aus der deutschen Geschichte lernen. Die angebliche Entzauberung von Demokratiefeinden, wenn sie erstmal in das System integriert seien, funktioniert nicht. Eine Partei einzubeziehen, welches als Ziel die Abschaffung jenes Systems hat, hat auch vor 100 Jahren nicht funktioniert. Lange Zeit war für alle klar: in unseren Parlamenten darf nie wieder Platz für Rassismus, Antisemitismus, völkischen Nationalismus und NS-Verherrlichungen sowie Holocaustleugnung sein – jetzt sind sie wieder da.

Wir Jungsozialist:innen und Sozialdemokrat:innen sind Antifaschist:innen. Wir sind Teil der einzigen Partei, welche schon gegen die NSDAP gekämpft hat und dies mit Leben bezahlen musste – jetzt ist unsere Zeit die AfD zu bekämpfen.

Wir Jusos Thüringen verstärken die immer lauter werdenden Stimmen in unserem Land und fordern: “Lasst Karlsruhe ein AfD-Verbotsverfahren prüfen!”

Die AfD ist eine Bedrohung für unsere ganze Republik. Deshalb wird der Landesvorstand einen Antrag auf dem Bundeskongress der Jusos einbringen, welcher das Ziel hat, dass Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung als dafür zuständige Organe einen Antrag beim Bundesverfassungsgericht auf Verbot der AfD stellt.

Seit Monaten wird über ein AfD-Verbotsverfahren diskutiert. Wir finden: die AfD ist eine Bedrohung für unsere ganze Republik. Aus diesem Grund fordern wir die Bundesjusos dazu auf, sich möglichst bald zu dem Thema zu positionieren. Um eine Entscheidung auf eine breite gefestigte Basis zu stellen, möchten wir dazu einen partizipativen Prozess innerhalb der Jusos anzustoßen. Mit einer gemeinsamen Position kann mehr Einfluss auf eine Entscheidungsfindung der SPD geübt werden.

Begründung

Aus Sicht des Bundesverfassungsgerichtes sind auf rassistischer Diskriminierung basierende Konzepte nicht mit der Würde des Menschen vereinbar, auf der unsere freiheitlich demokratische Grundordnung beruht. Dass solche Konzepte bei der AFD vorliegen, die erfolglos gegen eine Einstufung als rechtsextremer Verdachtsfall vorging und in Teilen bereits gesichert rechtextrem ist, lässt bei zunehmender politischer Beteiligung in Gremien und Parlamenten berechtigte Sorgen um unsere Demokratie wachsen. Anfang des Jahres konnte durch Reporter:innen von Correctiv ein Treffen mit rechtsextremer Prominenz beobachtet werden, auf welchem die Ausweisung deutscher Staatsbürger:innen geplant wurde. Euphemistisch als „Remigration“ beschrieben, handelt es sich auf dem Papier hierbei um nichts anderes als Deportation von Menschen mit Migrationsgeschichte und abweichenden Lebensentwürfen. Die Abrede auf die demokratischen Parteien als "Volksverräter" und die konkreten Drohungen an einzelne Vertreter:innen lassen daneben tief blicken, wenn es um den geplanten Umgang mit politischen Kontrahenten geht.

Vordergründig demonstriert die AFD immer wieder der genaueren Beobachtung nicht standhaltende Distanzierungen von rechtsextremen, antifeministischen und antimuslimischen Äußerungen. Durch massenhaft verbreitete und immer extremer werdende Wiederholungen ebendieser Äußerungen und diverse Kontakte, Vernetzungen, Anstellungen und Mitgliedschaften von Rechtsextremen, Reichsbürger:innen, Gewalttäter:innen und Terrorverdächtigen fehlt hierbei jedoch jede Glaubwürdigkeit. Hierbei sind die zahlreichen rechtsextremen Mitarbeiter:innen und Mitglieder der AFD in zahlreichen Parlamenten, welche vom deutschen Staat bezahlt werden, eine Schande für ein Land, welches sich seiner einzigartigen Erinnerungskultur rühmt.

Dass die AFD neben unliebsamen Menschen auch auf staatliche Strukturen zielt, lässt sich schon auf Landesebene in Thüringen erkennen. Mit der Kündigung des Medien-Staatsvertrages wollte man hier den

öffentlichen Rundfunk schwächen. Dessen Abschaffung, wie wir ihn kennen, bedroht seine Unabhängigkeit und damit die pluralistische Meinungsgesellschaft. Es droht eine mediale Gleichschaltung im Sinne der AFD.

Während von Bedeutungslosigkeit bei wachsenden Wahlerfolgen und Erreichen der Sperrminorität in Thüringen wirklich nicht die Rede sein kann, bleibt eine Mäßigung der Partei aus, die nur eine Richtung zu kennen scheint: immer radikaler. Mit ihrem weitreichenden Populismus zieht sie hierbei immer mehr Menschen in den Bann.

Eine politische Auseinandersetzung mit den Herausforderungen unserer Zeit ist dringend notwendig. Gleichzeitig ist längst bekannt, dass die AFD für Rassismus, Antisemitismus, Antimuslimismus, Antifeminismus, Ethnopluralismus - als modernen völkischen Nationalismus - und Verharmlosung des Nationalsozialismus steht. Die Verantwortung dafür, sie zu wählen, liegt letztendlich bei den Wähler:innen und nicht bei den demokratischen Parteien, die hier keine rechtsextremen Positionen vertreten.

Die AFD ernst zu nehmen bedeutet, ihr Programm, ihre Politiker:innen und Anhänger:innen in ihrem Sagen und Tun ernst zu nehmen, deren angekündigte Demontage der Demokratie und den Abgesang auf die Menschenwürde ernst zu nehmen. Eine Prüfung, ob eine Partei, die solche Positionen mit der Verfassung vereinbar ist, ist aus diesem Blickwinkel zwingend notwendig, wenn man die Demokratie schützen will. Wehrhaft ist unsere Demokratie nicht, wenn niemand Willens ist, sie zu verteidigen.